

In dieser Rede heißt es zu Beginn:

„Wir sind überzeugt, daß die ganze Welt unserem aufrichtigen Wunsch, die friedliche Regelung der deutschen Frage zu sichern und den neuen Schritten, die wir gemeinsam unternehmen, um dem deutschen Volk zu helfen, fest den Weg der friedlichen Entwicklung zu beschreiten und sein nationales Sinnen und Trachten in die Wirklichkeit umzusetzen, Aufmerksamkeit schenken wird.“

Und zum Schluß heißt es:

„Es ist an der Zeit, dem deutschen Volk eine solche Möglichkeit zu schaffen und ihm den Weg zur Wiederherstellung seiner nationalen Einheit, zur Schaffung eines demokratischen, friedliebenden Deutschlands zu eröffnen.

Die Sowjetunion wird auch weiterhin beharrlich danach trachten, daß die gerechte Sache der friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes bald triumphiert.“

Die Erkenntnis der Verantwortung für die beschleunigte Herstellung der Einheit Deutschlands, für die Erhaltung des Friedens in Europa und für das Wohlergehen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik führte zu den Beschlüssen des Politbüros der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 9. Juni sowie des Ministerrats vom 11. Juni 1953. Sie führte zu der selbstkritischen Überprüfung einer Reihe politischer Maßnahmen, die im letzten Jahre durchgeführt worden waren und die korrigiert wurden. In dem Kommuniqué des Politbüros der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 9. Juni heißt es:

„Das Politbüro hat bei seinen Beschlüssen das große Ziel der Herstellung der Einheit Deutschlands im Auge, welche von beiden Seiten Maßnahmen erfordert, die die Einigung der beiden Teile Deutschlands konkret erleichtern.“

Schon am 9. Juni 1953 stand neben den Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung die Forderung, die die Justiz unmittelbar angeht: Stärkung der Rechtssicherheit. Das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands empfahl der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die Justizorgane zu beauftragen, diejenigen Verurteilten sofort zu entlassen, die nach dem Gesetz zum Schutze des Volkseigentums zu Strafen von einem bis zu drei Jahren verurteilt worden sind, mit Ausnahme der Fälle, in denen schwere Folgen eintraten. Das Politbüro empfahl weiter, Untersuchungshäftlinge unter den entsprechenden Voraussetzungen zu entlassen. Strafen, die wegen Nichterfüllung von Ablieferungsverpflichtungen oder Steuerverpflichtungen ausgesprochen wurden, sollen überprüft werden.

Beginnend mit dem 11. Juni, wurde durch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine große Anzahl von Maßnahmen getroffen. Auf dem 15. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands berichtete Ministerpräsident Grotewohl, daß 87 einzelne Maßnahmen auf vielen Gebieten allein bis zum 24. Juli veranlaßt worden waren.